

# **Die digitale Gesellschaft sozialdemokratisch organisieren!**

**Rolle der Sozialdemokratie in der digitalen  
Gesellschaft und Vorschlag zur Einrichtung  
eines Bundesforums**

# Die Sozialdemokratie in der digitalen Gesellschaft

(Jens Best / Jonas Westphal)

Die Digitalisierung als gesellschaftlicher Paradigmenwechsel sorgt für eine tiefgreifende Veränderung. Politik für die digitale Gesellschaft und das Netz binden bereits heute ein enormes Wählerpotential. Die Generation unter 30 bildet bereits heute Parteipräferenzen maßgeblich anhand der zugeschriebenen netzpolitischen Kompetenz aus. Die deutsche Sozialdemokratie muss wieder Vertrauen in gute, eigene Netzpolitik schaffen. Wir müssen aus eigener digitaler Stärke heraus überzeugen und neue Wählerinnen und Wähler an uns binden, um gesellschaftliche Mehrheiten für uns zu gewinnen!

Ob Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Verbraucherschutz- oder Außenpolitik: Jedes Politikfeld unterliegt dem digitalen Wandel. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen diesen digitalen Wandel freiheitlich und solidarisch gestalten! Die SPD muss sich als progressive Kraft begreifen, die den digitalen Wandel zum Wohle aller und nicht zum Wohl einiger weniger gestaltet! Das Netz muss im sozialdemokratischen Sinne das Netz der Chancengleichheit und Teilhabe werden.

Eine plurale Gesellschaft setzt ein pluralistisch geprägtes Netz voraus — Freiheit und Sicherheit müssen sorgsam gegeneinander abgewogen werden. Die deutsche Sozialdemokratie muss, aus ihrem freiheitlichen Grundwerteverständnis heraus, immer besonderen Wert auf die liberalen und aufgeklärten Aspekte der Digitalen Gesellschaft legen.

Das Internet an sich stellt gesellschaftlichen Strukturen nicht per se in Frage, es verstärkt zunächst einmal die bestehende Handlungskultur einer Gemeinschaft oder des einzelnen Individuums. Gesellschaftliche Gestaltung wird derzeit — insbesondere im europäischen Zusammenhang — im neo-liberalen und -konservativen Sinne geprägt, dies lässt sich auch auf der digitalen Ebene der Realität feststellen. Diese digitale Realität gilt es sozialdemokratisch zu gestalten: Im Sinne der Menschen und zugunsten des Allgemeinwohls.

Nur befähigte Menschen können frei und solidarisch entscheiden, wie sie ihren Lebensalltag gestalten. Wer die digitale Sprache nicht versteht und spricht, wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein unfreiwillig abhängiger Mensch. Die SPD darf dies nicht geschehen lassen. Sie muss für einen sozialdemokratischen Ausgleich der Machtverhältnissen hinzu mehr Gerechtigkeit sorgen. Gerade auch in der Wirtschaft. Wirtschaftliche Strukturen und Organisationen müssen re-demokratisiert werden. Eine re-vitalisierte, gestärkte und mit digitalen Werkzeugen ausgestattete Arbeitnehmermitbestimmung ist ein erster Schritt hinzu mehr gerechterer Arbeit und gerechteren, innovativeren Wirtschaften!

Die Sozialdemokratie befindet sich auf einem Weg, die solidarische und innovative Gesellschaft fordern und gestalten zu wollen. Dadurch ergibt sich für Netzpolitik, verstanden auch als digitale Gesellschaftspolitik, zweierlei große Aufgabenfelder: Zum einem müssen wir die gestaltenden Subjekte des Internets kritisch betrachten. Insbesondere die Kommerzialisierung des digitalen wie auch analogen Raums gilt es hierbei kritisch zu hinterfragen und sozialdemokratische Alternativen hierzu erarbeiten. Das gesamtgesellschaftliche Spannungsfeld zwischen Staat, Bürger und Wirtschaft muss im analogen und digitalen Raum in ein neues sozialdemokratisch geprägtes Kräfteverhältnis gesetzt werden.

Zum zweiten, und dies ist eine der bis jetzt — auch in der SPD — am wenigsten verstandenen Aspekte, können die Werkzeuge der Kollaboration, die Werkzeuge der Partizipation, die Werkzeuge des offenen Wissens eingesetzt werden um in der Gesamtgesellschaft zu massiven Veränderungen hinzu mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität und mehr Freiheit führen. Das Internet macht dies erstmalig bequem für Gemeinschaft und das Individuum in seinem Alltag nutzbar. Sei es die Revitalisierung des genossenschaftlichen Prinzips durch Crowdsourcing und Co-Working oder die neuen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe durch Open-Government. All dies ist digital durchdrungen und muss deswegen mit Politik für eine digital erweiterte Gesellschaft ergänzt werden.

In der Nutzung des Internets, eingesetzt für den Dienst an einer gerechten und freien Gesellschaft, steckt die Chance für eine kraftvolle neue Profilierung der Sozialdemokratie als Partei der offenen, solidarischen und innovativen Menschen. Wir wollen eine gerechtere, offenere und sozial gefestigtere Gesellschaft im analogen wie auch digitalen Raum. Dabei müssen gesellschaftliche Prozesse und Normen überdacht, neu entdeckt und gegebenenfalls neu definiert werden.

Der Digitalisierung wohnt eine revolutionärer Funke inne, ihn gilt es für mehr Demokratie und Gerechtigkeit zu entfachen! Die Sozialdemokratie muss die gestalterische Kraft des sozial-digitalen Wandels werden und dafür gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

SPD Landesverband Berlin  
Forum Netzpolitik  
z.Hd. Jonas Westphal  
Müllerstr. 163  
13353 Berlin

Telefon: +49-30-84110800  
Telefax: +49-30-84110799

forum-berlin@spd-netzpolitik.de  
<http://spd-netzpolitik.de/berlin>

# **Netzpolitik in der SPD in der Fläche offen und partizipativ stärken!**

## **Vorschlag zur Einrichtung eines Bundesforums Digitale Gesellschaft**

(Jens Best / Jonas Westphal / Yannick Haan)

Netzpolitik in der SPD braucht einen Ort, der den digitalen Wandel der Gesellschaft sozial, demokratisch und teilhabe-orientiert organisiert. Die Digitale Gesellschaft muss in den Kommunen, in den Ländern, auf Bundes- und europäischer Ebene gestaltet werden. Wir schlagen deswegen die Einrichtung eines Bundesforums „Digitale Gesellschaft“ vor.

Dieses Forum muss nach dem Prinzip „open by default“ organisiert werden: Es muss jederman gegenüber offen sein, zum Mitmachen und Mitgestalten einladen. Wir wollen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft in den politischen Diskurs auch ohne Parteibuch einbinden und für sozialdemokratische Werte gewinnen!

Gleichzeitig soll den Parteistrukturen ein Ansprechpartner zur Seite stehen, der Fragen des digitalen Wandels in die relevanten Politikfelder trägt. Dies setzt effiziente Arbeitsstrukturen voraus, die gerade auch im Hinblick zur Bundestagswahl 2013, Kampagnen-fähige Organisation gewährleisten müssen. Des Weiteren müssen die Länder als zentrale Orte der deutschen Netz- und Medienpolitik im politischen Diskurs mit der Bundes- und Europaebene integriert und vernetzt werden.

Der vorliegende Vorschlag greift die vielfältigen kritischen Anregungen aus der netzpolitischen Community der SPD — insbesondere zum Themenfeld Partizipation und Mitbestimmung — auf. Wir wollen den Wandel des Gesprächskreises Netzpolitik beim Parteivorstand zu einem besser vernetzten, effizienteren und partizipativen Gremium einfach und schnell bis Ende Herbst 2012 abschließen. Deswegen schlagen wir einen nahtlosen Übergang der vorhandenen Strukturen in eine neue Organisationsform vor: Bis zur Konstituierung des neuen Bundesforums Digitale Gesellschaft bleibt der Gesprächskreis Netzpolitik unverändert bestehen. Der Gesprächskreis wird beauftragt die Einrichtung des Bundesforums Digitale Gesellschaft umfassend zu unterstützen — vorhandenes Know-How muss erhalten bleiben.

Der Parteivorstand stellt dem Bundesforum Digitale Gesellschaft einen eigenen hauptamtlichen Geschäftsführer mit arbeitsfähiger Büroorganisation zur Seite. Wir wollen durch digitale Vernetzung und neue Formen des kollaborativen Zusammenarbeitens dabei möglichst kostensparende und effiziente Strukturen schaffen.

Im Zuge der fortschreitenden soziotechnologischen und medialen Konvergenz wird Rundfunkpolitik immer mehr Teil des Politikfelds Digitale Gesellschaft. Rundfunk und Fernsehen, aber auch Zeitungen und Bücher, werden digital produziert. Ein modernes Medienverständnis setzt konvergentes und vernetztes Denken voraus. Deswegen wird das Bundesforum Digitale Gesellschaft gleichwertig zur Medienkommission beim Parteivorstand angesiedelt. Mittelfristig ist ein Zusammenschluss der beiden Kommissionen einschließlich des Gesprächskreises zur digitalen Infrastruktur zu einem konvergenten Gremium notwendig. Bis dahin muss eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Bundesforum Netzpolitik und der Medienkommission der medialen Konvergenz Rechnung tragen.

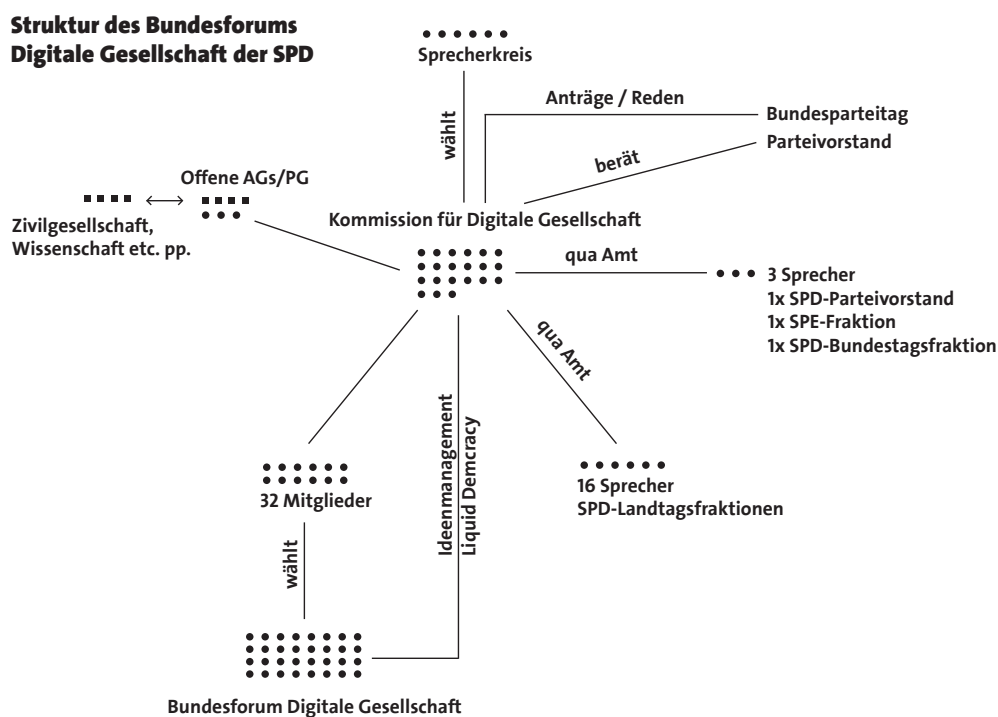
Die deutsche Sozialdemokratie braucht schnellstmöglich einen handlungs-, kampagnen- und sprechfähigen Raum für die digitale Gesellschaft!

## Aufbau und Arbeitsstrukturen des Bundesforums Digitale Gesellschaft

1.) Das Bundesforum Digitale Gesellschaft steht allen offen, auch interessierten Personen ohne SPD-Mitgliedschaft. Der Eintritt geschieht per formlosen Antrag. Dieser kann elektronisch oder in Schriftform erfolgen. Mitgliedschaften in anderen Parteien schließen eine Mitgliedschaft im Bundesforum aus. Die Mitgliedschaftsbedingungen (z.B. Mindestalter beim Eintritt) orientieren sich an bestehenden AGs auf Bundesebene (Jusos etc.). Die Mitglieder treffen einmal jährlich zu einem Arbeitskongress zusammen. Der Arbeitsprozess zwischen den Arbeitskongressen wird über ein digitales Ideenmanagement und angelehnt an das Liquid-Democracy-Prinzip organisiert. Das Bundesforum Digitale Gesellschaft erhält Antrags- und Rederecht auf Bundesparteitag.

2.) Wichtigstes und höchstes Beschlussgremium des Bundesforums Digitale Gesellschaft ist die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung dient vor allem den Gremienwahlen und der Kontrolle eben dieser. Die Mitgliederversammlung tagt mindestens alle zwei Jahre. Jedes Mitglied erhält ein aktives und passives Wahlrecht. Wahlen finden, sofern nicht anders bestimmt, nach der Wahlordnung der SPD statt.

3.) Die Kommission Digitale Gesellschaft ist das, aus der Mitte des Bundesforums heraus bestimmte, Arbeitsgremium auf Bundesebene. Sie unterstützt und berät den Parteivorstand in tagespolitischen und darüberhinaus gehenden, generellen Fragen zur digitalen Gesellschaft und übt das Antrags- und Rederecht auf Bundesparteitag aus. Ferner vernetzt sie Landes- und Europaebene sowie die Bundestagsfraktion der SPD. Sie ist das zentrale Arbeitsgremium für sozialdemokratische Diskurse zur digitalen Gesellschaft: Die Kommission setzt dazu die Beschlüsse des Bundesforums um und berichtet diesem regelmäßig. Sie veröffentlicht Beschlussvorlagen, Beschlüsse, Ergebnisprotokolle sowie Ihre Mitgliederliste im Netz. Sie organisiert die jährlichen Arbeitskongresse.



Die Kommission für Digitale Gesellschaft setzt sich wie folgt zusammen:

- » das vom SPD Parteivorstand für das Thema digitale Gesellschaft bzw. Netzpolitik benannte Parteivorstandsmitglied
- » der/dem Sprecherin bzw. Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion für digitale Gesellschaft bzw. Netzpolitik
- » der/dem Sprecherin bzw. Sprecher der SPD-EP-Fraktion für digitale Gesellschaft bzw. Netzpolitik
- » die Sprecher(innen) der SPD-Landtagsfraktionen für digitale Gesellschaft bzw. Netzpolitik, soweit diese hierfür eine(n) Abgeordnete(n) benannt haben
- » 32, durch die Mitgliederversammlung gewählte, Forumsmitglieder.

SPD Landesverband Berlin  
Forum Netzpolitik  
z.Hd. Jonas Westphal  
Müllerstr. 163  
13353 Berlin

Telefon: +49-30-84110800  
Telefax: +49-30-84110799

forum-berlin@spd-netzpolitik.de  
<http://spd-netzpolitik.de/berlin>

Die Vertreter der Fraktionen in der Kommission haben die Koordination mit ihrer Fraktion und den Vertretern des Parteivorstands mit der Kommission sicherzustellen.

4.) Die Kommission für Digitale Gesellschaft wählt aus ihrer Mitte heraus einen Sprecherkreis von mindestens drei, aber höchstens 10 Personen. Der Sprecherkreis koordiniert die Arbeit des Bundesforums und vertritt das Bundesforum nach Innen und Außen. Dabei kann er einzelne Mitglieder des Bundesforums um Unterstützung bitten. Der Sprecherkreis setzt in Absprache mit der Kommission den Termin für die Mitgliederversammlung fest und organisiert diese.

5.) Offene Arbeits- und Projektgruppen (AG/PG) arbeiten der inhaltlichen und organisatorischen Arbeit der Kommission Digitale Gesellschaft im Vorfeld zu. Die Einsetzung einer AG bzw. PG wird durch die Bundeskommission oder das Bundesforum beschlossen. Ein konkreter Arbeitsauftrag ist jeweils vorab zu formulieren und zu veröffentlichen.

6.) Offene Arbeits- und Projektgruppen (AG/PG) wählen jeweils aus ihrer Mitte einen Sprecher/eine Sprecherin. AGs/PGs sollen nach Möglichkeit Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft hinzuziehen. Ihre Arbeit soll im Internet durchgeführt werden. Hierfür sind entsprechende Online-Werkzeuge (Adhocracy, Etherpad, Wiki o.ä.) für ortsunabhängige Mitarbeit bereitzustellen.

7.) Der Sprecherkreis, die Kommission und einzelne Arbeits- bzw. Projektgruppen kommunizieren intern, wie zum Beispiel in geschlossenen Mailinglisten: Diese sind grundsätzlich nicht öffentlich und werden vom Sprecherkreis verwaltet. Darüber hinaus können zum Beispiel offene Mailinglisten oder Social-Media-Kanäle eingesetzt werden.

8.) Die Kommission Digitale Gesellschaft erhält entweder eine eigene Website oder eine eigene Rubrik auf dem Portal [spd-netzpolitik.de](http://spd-netzpolitik.de). Berichte, Statements und die Termine des Bundesforums werden auf dieser Seite regelmäßig veröffentlicht.

9.) Die Kommission tagt viermal jährlich. Der Sprecherkreis trifft sich mindestens an sechs weiteren Terminen im Jahr.

10.) Eine jährliche Länder-übergreifende Konferenz koordiniert darüberhinaus die Arbeit der Kommission Digitale Gesellschaft mit den Landes- und Bezirksverbänden. Sie dient der strategischen Planung, bereitet politische Beschlüsse vor und vernetzt in der Fläche. An ihr nehmen die Sprecher für digitale Gesellschaft der jeweiligen Parteigliederungen teil. Nach Möglichkeit findet die Konferenz unter Teilnahme der Mitglieder der Netzpolitischer Sprecherkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion statt. Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den Fraktionen und Foren in den einzelnen Ländern und Bund dient der Stärkung der konkreten Politikarbeit, online-basierte Plattformen gilt es auf die Stärkung von Synergieeffekten hin zu prüfen.

11.) Der Zeitplan zur Einsetzung des Bundesforums Digitale Gesellschaft im Jahr 2012:  
Januar 2012 / Anfang Februar 2012

- » Beschlussfassung des Parteivorstands über das Bundesforum
- » Einsetzung einer organisatorischen Vorbereitungsgruppe für das Bundesforum
- » Vorbereitung der bundesweiten netzpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion und des Forums Netzpolitik Berlin

März 2012

- » Launch der Website / Bundesweite netzpolitische Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion und des Forums Netzpolitik Berlin (geplant): Präsentation des Bundesforums durch die Vorbereitungsgruppe
- » Offene Einladung zum Mitmachen

März 2012 — Oktober 2012:

- » Inhaltliche und personelle Vorbereitung auf Gremienwahlen Vorbereitung der organisatorischen und technischen Strukturen für die prozessuale Mitgliederbeteiligung

Ende Oktober 2012:

- » Netzpolitische Akademie der SPD mit Konstituierung des Bundesforums Netzpolitik
- » Wahl der Bundeskommission und Klausurtagung der Kommission mit Wahl des Sprecherkreises
- » Auflösung des Gesprächskreises Netzpolitik beim SPD-Parteivorstand

Ab Oktober 2012:

- » Schwerpunkte digitale Gesellschaftspolitik handlungsorientiert erarbeiten
- » Koordination mit betroffenen Politikfeldern Kampagnen-fähige Inhalte für den Wahlkampf mitvorbereiten.

12.) Schlussbemerkung: Dieser Vorschlag versteht sich in Hinblick auf eine Neufassung des Organisationsstatuts der SPD als zu prüfend. Ggf. sind Anpassungen insbesondere bzgl. der neu geschaffenen Themenforen erforderlich.